

Ausbildungsvergütung erhöhen – Ausbildung existenzsichernd machen

Antragsstellerin: Romy Stephany

1 Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsvergütungen sowie
2 eine grundlegende politische Neuausrichtung hin zu einer
3 existenzsichernden Ausbildung. Wer eine Ausbildung macht, leistet Arbeit,
4 trägt Verantwortung und schafft die Grundlage für die eigene berufliche
5 Zukunft und den gesellschaftlichen Wohlstand. Trotzdem reicht die
6 Vergütung vieler Auszubildender nicht aus, um den Lebensunterhalt
7 eigenständig zu bestreiten.

8 Die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung beträgt im Jahr 2026 im
9 ersten Ausbildungsjahr 682 Euro brutto pro Monat. Im zweiten
10 Ausbildungsjahr liegt sie bei 805 Euro, im dritten bei 921 Euro und im
11 vierten bei 955 Euro brutto pro Monat. Diese Beträge reichen angesichts
12 steigender Mieten, hoher Mobilitätskosten, Ausgaben für Lernmittel und
13 allgemeiner Lebenshaltungskosten vielerorts nicht aus, um ein
14 eigenständiges Leben zu finanzieren. Eine Ausbildung darf kein
15 Armutsrisiko sein und nicht davon abhängen, ob Eltern finanziell
16 unterstützen können.

17 Zugleich führt eine zu niedrige Ausbildungsvergütung dazu, dass
18 Auszubildende in der Praxis leichter als billige Arbeitskräfte behandelt und
19 ausgenutzt werden. Wo Ausbildung finanziell kaum zum Leben reicht, steigt
20 die Abhängigkeit vom Betrieb, während die Bereitschaft sinkt, sich gegen
21 schlechte Bedingungen, fachfremde Tätigkeiten, Überstunden oder
22 mangelnde Betreuung zu wehren. Eine höhere und existenzsichernde
23 Ausbildungsvergütung ist deshalb auch ein wichtiger Beitrag gegen die
24 Ausbeutung junger Menschen in Ausbildung.

25 Wir fordern eine deutliche Anhebung der gesetzlichen
26 Mindestausbildungsvergütung, damit sie sich an den realen
27 Lebenshaltungskosten junger Menschen orientiert und ein eigenständiges
28 Leben ermöglicht. Ausbildungsvergütung darf keine symbolische
29 Anerkennung sein, sondern muss Kosten für Wohnen, Mobilität, Ernährung,
30 Lernmittel und gesellschaftliche Teilhabe abdecken. Deshalb braucht es

31 außerdem eine regelmäßige und dynamische Anpassung an Preis- und
32 Lohnentwicklung, damit die Vergütung nicht durch Inflation entwertet wird.
33 Tarifbindung muss gestärkt werden, weil tarifgebundene
34 Ausbildungsverhältnisse in vielen Fällen bessere Vergütungen und bessere
35 Bedingungen sichern als gesetzliche Mindeststandards. Auch die
36 öffentliche Hand muss hier Vorbild sein und in Kommunen, Ländern, beim
37 Bund sowie in öffentlichen Unternehmen gute Ausbildungsvergütungen
38 gewährleisten. Gleichzeitig müssen zusätzliche finanzielle Belastungen für
39 Auszubildende, etwa bei Lernmitteln, Arbeitsmaterialien, Prüfungen oder
40 Mobilität, gesenkt werden. Unser Ziel ist, dass jede*r junge Mensch eine
41 Ausbildung unabhängig vom Einkommen der Eltern beginnen und
42 abschließen kann. Eine höhere Ausbildungsvergütung ist dabei auch ein
43 Beitrag gegen den Missbrauch von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte:
44 Ausbildung muss ein Lern- und Qualifizierungsverhältnis sein und darf nicht
45 dazu dienen, reguläre Arbeit günstig zu ersetzen.